

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 484

### Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. Oktober, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

---

Anwesend	34/35/36 6/7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti (ab 19.20 Uhr), Alex Flück, Christoph Pfirter, Erich Schwob und Fredy Wiesner  Gemeinderat: Roger Schneider (ab 19:30 Uhr anwesend)	
Vorsitz	Stephan Ebert	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Tischvorlage: Ersatzwahl für die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode: Carole Weisskopf, SVP, anstelle von Christine Fankhauser 3193
2. Tischvorlage: Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Doris Wiesner, SVP, anstelle von Ares-Areta Aeberhard 3198
3. Ersatzwahl für die Entwicklungskommission für den Rest der Amtsperiode: Paul Dalcher, FDP, anstelle von Jens Dürrenberger 3190
4. Teilrevision Lohn- und Zulagenreglement – 2. Lesung 3161
5. Stellungnahme zur Planungsmotion der Fraktion der U/G, Benedikt Schmidt, betreffend "Neues AFP-Aufgabenfeld Klimaschutz" 3163
6. Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Konkrete Massnahmen zur Klimapolitik: Abkehr von fossilen Energieträgern für Gebäudeheizung“ 3176
7. Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Bundesasylzentrum in Pratteln“ 3178
8. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Barrierefreie Tramhaltestellen“ 3180
9. Postulat der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“ 3181
10. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Schlossstrasse-Schlossstrasse“ 3182

- |  |      |
|--|------|
| 11. Postulat der SP-Fraktion, Christine Weiss, betreffend „Intelligente Strassenbeleuchtung  | 3184 |
| 12. Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2018 – 2019   | 3186 |
| 13. Motion, Paul Dalcher, betreffend „Einführung einer Mindestquote für privates Wohneigentum in Neubauten innerhalb von Quartierplanperimetern“ | 3187 |
| 14. Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Sitzgelegenheiten“   | 3188 |
| 15. Fragestunde (nach der Pause)   |      |

### Begrüssung

**Stephan Ebert:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Herren der Presse, liebe Gäste und liebes Publikum. Ich begrüsse sie zur 484. Einwohnerratssitzung.

### Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das Zweidrittelmehr 23 Stimmen.

### Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Die **nächste Einwohnerratssitzung vom November** findet im KUSPO statt, weil diese Halle anderweitig genutzt wird. Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest (ESAF): Thomas Beugger, Vizepräsident OK ESAF 2022 und Matthias Hubeli, Geschäftsführer ESAF 2022 werden am 18. November 2019 vor der Sitzung den Einwohnerrat über das ESAF 2022 informieren. Beginn ist um 18:00 Uhr.
- Sylvie Anderrüti, Geschäftsführerin **Cartons du Coeur Baseland**, lädt alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zur Benefizveranstaltung am 2. November 2019 ein. Die zugehörigen Flyer liegen hinten bei den Besuchern auf.
- **Informationsmaterial**, das von ausserhalb des Büros kommt, muss immer zuerst dem Büro über Evelyne Hefti angemeldet werden. Das zugehörige Material liegt dann hinten auf und ich weise zu Beginn darauf hin.

### Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

### Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation Nr. 3191 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Franziska Senn, betreffend „Pflanzenschutzmittel in Trinkwasser“
- Interpellation Nr. 3195 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Bodenspekulation in Pratteln?“
- Interpellation Nr. 3197 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Schlechte Böschungspflege“

- Postulat Nr. 3199 der SVP-Fraktion, Simone Schaub, betreffend „Hundespielplatz auf dem Gottesacker“
  - Postulat Nr. 3200 der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Steuerveranlagung durch Kanton oder Gemeinde?“
- 

Es sind nun 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das Zweidrittelmehr 24 Stimmen.

---

### **Bereinigung Geschäftsverzeichnis**

Es liegen zusätzlich zur zugestellten Traktandenliste noch zwei Ersatzwahlen vor: eine für die Sozialhilfebehörde und eine für das Wahlbüro. Das Büro stellt den Antrag, als erstes Traktandum das Geschäft Nr. 3193 (Ersatzwahl Sozialhilfebehörde) und als zweites Traktandum Geschäft Nr. 3198 (Ersatzwahl für das Wahlbüro) zu behandeln. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

---

### **Beschlüsse**

#### **Geschäft Nr. 3193**

**Tischvorlage: Ersatzwahl für die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode: Carole Weisskopf, SVP, anstelle von Christine Fankhauser**

#### **Aktenhinweis**

- Tischvorlage vom 16. Oktober 2019

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Carole Weisskopf, SVP

---

#### **Geschäft Nr. 3198**

**Tischvorlage: Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Doris Wiesner, SVP, anstelle von Ares-Areta Aeberhard**

#### **Aktenhinweis**

- Tischvorlage vom 22. Oktober 2019

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

---

://: Doris Wiesner, SVP

---

**Geschäft Nr. 3190**

**Ersatzwahl für die Entwicklungskommission für den Rest der Amtsperiode: Paul Dalcher, FDP, anstelle von Jens Dürrenberger**

Aktenhinweis

- Tischvorlage vom 8. Oktober 2019

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Paul Dalcher, FDP

---

**Geschäft Nr. 3161**

**Teilrevision Lohn- und Zulagenreglement (LZR) – 2. Lesung**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. Juli 2019

**GR Stefan Löw:** An der letzten Sitzung hat mich GP Stephan Burgunder vertreten. Ich entnehme dem Protokoll, dass das Geschäft unbestritten ist und beantrage die Zustimmung des Rates auch in der 2. Lesung.

Lesung

**§ 22<sup>bis</sup> Jährliche Zulage für die Teilnahme an Übungen und Einsätzen der Feuerwehr Pratteln**

Es gibt keine Wortmeldungen und die 2. Lesung ist abgeschlossen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Teilrevision des Lohn- und Zulagenreglements wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 30. November 2019.

---

## Geschäft Nr. 3163

## Stellungnahme zur Planungsmotion der Fraktion der U/G, Benedikt Schmidt, betreffend "Neues AFP- Aufgabenfeld Klimaschutz"

### Aktenhinweis

- Planungsmotion der Fraktion der Unabhängigen und Grünen vom 14. Mai 2019
- Stellungnahme des Gemeinderates vom 3. Juli 2019

**GR Stefan Löw:** Den Ausführungen des Gemeinderates in der Stellungnahme zur Planungsmotion können sie entnehmen, dass wir kein neues Aufgabenfeld Klimaschutz möchten. Das Thema Klimaschutz spiegelt sich in sehr vielen Aufgabenfeldern wider und die zugehörigen Abgrenzungen sind sehr schwierig vorzunehmen. Der Gemeinderat ist aber, wie die anderen Äusserungen in der Vorlage zeigen, sich bewusst, dass dies eine starke Problematik darstellt und ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Wir sind der Meinung, dass Ergänzungen im AFP seitens des Einwohnerrates immer möglich sind, wie die Aufgabenfelder 14, 17, 18 und 19 zeigen. Dies stellt klar die Hoheit des Einwohnerrates dar. Der Massnahmenplan zum Energiestadt-Label setzt klare Ziele, was ich schon früher einige Male erwähnt habe. Wir führen hierzu auch jährlich Gespräche durch; das nächste findet am 4. Dezember 2019 statt. Anwesend werden sein: GR Stefan Löw, Rosemarie Giese und Michael Linder (Verwaltung) und Stefanie Hueber, die die Energiestadt für unsere Gemeinde schon seit langen Jahren begleitet. Sie verfügt über einen hohes Wissen, kennt Pratteln bis ins Detail und die Gespräche sind immer sehr aufschlussreich und gut. In der Vorlage steht nicht, dass in der Klausursitzung des Gemeinderates, die auch die Bearbeitung des AFP enthielt, der Gemeinderat ihnen den Antrag stellen wird, der Energiestadt eine Arbeitsgruppe beizustellen. Dies geschieht gemäss Gemeindeordnung § 28 „Beratende Kommissionen“ und Verwaltungs- und Organisationsreglement § 8 „Ständige beratende Kommissionen“. Diese Kommission wird analog beispielsweise der Naturschutzkommission oder Friedhofskommission eingesetzt. Neu ergibt dies eine Energiekommission bzw. eine Energiestadt-Kommission; diese Absicht wird dem Einwohnerrat in der Dezembersitzung aufgezeigt. Damit besteht die Möglichkeit, konkret Einfluss zu nehmen und dem Gemeinderat Empfehlungen zu geben. Die Grundlagen für eine solche Kommission sind über die Energiestadt und den AFP vorhanden. Das Pflichtenheft ist noch zu erstellen und die Kommission wird 5 – 7 Mitglieder haben. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass dies ein Instrument ist, das der Energiestadt mehr Gewicht gibt. Wie sich die Kommissionsarbeit genau zusammensetzen wird, ist Teil der Kommissionsarbeit selber. Dass sich das Energiestadt-Label stetig verändert und wandelt, ist allen bewusst; es handelt sich nicht um ein statisches Instrument ohne Flexibilität. Wenn sie sich mit dem Energiestadt-Label wirklich auseinandersetzen, werden sie sehen, welche Vielfältigkeit darin abgebildet ist und welche Möglichkeiten gegeben sind, energietechnisch zu wirken. Ich hoffe, mit dieser Ergänzung können sie den Ausführungen des Gemeinderates zustimmen und sie müssen kein neues Aufgabenfeld „Klimaschutz“ im AFP einrichten. Sie haben sicher im Prattler Anzeiger den Wettbewerb gesehen; machen sie mit. Es ist nicht so, dass die Gemeinde in diesem Bereich inaktiv ist. Es gibt einige Energiejournale und sehr viele schon vorhandene Informationen. Auch so etwas kann in der Kommissionsarbeit besprochen und behandelt und dem Gemeinderat Empfehlungen gemacht werden. Aus diesen Gründen mache ich ihnen beliebt, dass sie dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und kein zusätzliches Aufgabenfeld „Klimaschutz“ aufnehmen.

**Benedikt Schmidt (Motionär):** Ich danke GR Stefan Löw für die ausführlichen Worte zu diesem Vorstoss. Nachdem ich die Antwort gelesen habe, bin ich zu einem anderen Schluss gekommen. Wenn man sieht, was schon alles gemacht wird, so ist dies ein Argument für ein Aufgabenfeld „Klimaschutz“ und nicht ein Argument gegen ein solches Aufgabenfeld. Der AFP stellt unser politisches Steuerungsinstrument dar und mit diesem

setzen wir Ziele für die Gemeinde und sagen dem Gemeinderat, was in dieser Gemeinde gemacht werden sollte. Insofern finde ich das Argument, es werde für die Buchhaltung kompliziert, nicht sehr überzeugend, weil im AFP stehen soll, was wir wollen, es sollen politische Vorgaben gemacht werden und wenn Umbuchungen notwendig sind, ist dies zu lösen. Wir haben schon jetzt Legislaturziele im AFP, die sich über mehrere Aufgabenfelder erstrecken und ich denke, dass sich pragmatische Lösungen finden lassen. Auch die Grösse der Aufgabenfelder ist stark unterschiedlich. Wir haben beispielsweise das Aufgabenfeld „Wirtschaft“, weil man gesagt hat, dies sei ein wichtiges Thema und müsse im AFP enthalten sein. Im Aufgabenfeld selber steht nicht sehr viel und es wird dort auch nicht viel Geld ausgegeben. Es handelt sich um ein kleines Aufgabenfeld zu einem wichtigen Thema und auch ein Aufgabenfeld „Klimaschutz“ kann man grösser oder kleiner machen. Kurt Lanz hat seinerzeit ein Legislaturziel eingeführt, bei welchem man alle Neuanschaffungen auf ihren Energiebedarf und die Kompatibilität mit der Energiestrategie prüfen soll. Vergleichbares könnte man auch mit einem eigenen Aufgabenfeld „Klimaschutz“ machen. Alle Arbeiten im Rahmen der Energiestadt sind eine gute Sache, aber das Aufgabenfeld „Klimaschutz“ gäbe die Möglichkeit, alles sauber darzustellen und zu zeigen, was effektiv gemacht wird und die entsprechenden Kennzahlen zu liefern. Damit ist ein Nachvollzug viel einfacher und auch besser zu steuern, was in diesem Bereich zu tun ist und das, was die Gemeinde schon jetzt macht, wäre viel besser sichtbar. GR Stefan Löw hat Vieles zum Bereich Energie gesagt und was man dort machen könnte, z. B. mehr erneuerbare Energien nutzen. Dies ist sicher ein wichtiges Thema, aber ein solches Aufgabenfeld sollte sich nicht nur diesem widmen, sondern auch Aussagen enthalten, wie man die Wirkungen des Klimawandels abfedern will, wie wir beispielsweise in Zukunft bauen, damit nicht noch mehr Hitzeinseln entstehen und wie wir in Pratteln ein gutes Mikroklima schaffen können. Man kann sich überlegen, öffentliche Plätze, die heute meistens asphaltiert sind, in Zukunft gezielter zu beschatten. Wir haben ja heute schon solche Probleme. Meine Kinder kamen aus der Musikstunde nach Hause, aus einem frisch renovierten Gebäude, und sie mussten duschen, weil es in diesem Gebäude dermassen heiss war. Solche Gebäude können nicht die Zukunft sein; da müssen Massnahmen getroffen werden. Wie reagieren wir auf den Klimawandel? Welche Massnahmen ergreifen wir, die Wirkungen zu reduzieren? Da gibt es sehr viel Verschiedenes und alle landwirtschaftlichen Forschungsanstalten sind intensiv daran, wie man die Landwirtschaft auf den Klimawandel und die Folgen vorbereiten kann. Klimaschutz ist genau der Bereich, der in einem solchen Aufgabenfeld angegangen werden müsste, und nicht nur die Aspekte Energie und Energieverbrauch. Dieses Aufgabenfeld würde auch dazu führen, dass sich die Gemeinde und alle Angestellten konsequenterweise Gedanken machen müssen, was sie zu diesem Aufgabenfeld beitragen können. Vor einiger Zeit haben wir die Resolution zum Thema Klimanotstand diskutiert, die mit dem Argument abgelehnt wurde, es handle sich um Symbolpolitik und es bringe nichts. Ein neues Aufgabenfeld ist aber sehr real und konkret und man könnte dort alle zu ergreifenden Massnahmen aufführen. Es handelt sich um ein wichtiges Thema und wir haben auch am letzten Wochenende gesehen, dass es bei der Bevölkerung angekommen ist. So ist es auch richtig, wenn wir der Bevölkerung zeigen, dass wir etwas machen. Es geht darum, was wir machen und wie wir es machen. Ein Aufgabenfeld dazu ist eine wichtige Sache und ich bitte euch, diesem zuzustimmen.

---

Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das Zweidrittelmehr 24 Stimmen.

---

**Fabian Thomi:** Es ist die Idee des AFP, dass neue Felder geschaffen oder andere gestrichen werden. Dass es dann zu Verschiebungen einzelner Posten kommt, ist Sinn dieser Sache. Die Motion erachte ich aus verschiedenen Gründen als sinnvoll. Erstens wird klar ersichtlich, was Pratteln aktiv für den Klimaschutz unternimmt und wie viel dieses Thema der Gemeinde wirklich wert ist und der Gemeinderat kann sich nicht mehr einfach unter dem Deckmantel Energiestadt verstecken. Die von GR Stefan Löw angesprochene Kommission ist sicher ein guter Vorschlag und eine gute Ergänzung. Zweitens können konkrete Massnahmen vom Parlament, wie beispielsweise die Abkehr von fossilen Energieträgern für Heizungen und Gemeindegebäude als Ziel mit entsprechendem Budget ins Aufgabenfeld „Klimaschutz“ eingesetzt werden. Bei solchen Themen wird es nicht zu einer Verzettelung führen, wie der Gemeinderat schreibt – im Gegenteil. Es wird zu einer verbesserten Übersichtlichkeit und Klarheit beitragen. Wie mein Vorredner schon gesagt hat, geht es beim Thema Klimaschutz nicht nur um Energie. In diesem Sinne bitte ich den Rat um Zustimmung dieser Motion.

**Urs Schneider:** Ich danke GR Stefan Löw für die Erläuterungen und die Vorlage. Wir können dem Gemeinderat voll und ganz folgen. Wir denken auch, dass es nicht ganz einfach sein wird, ein separates Aufgabenfeld für den Klimaschutz einzurichten. Klimaschutz ist aufgabenfeldübergreifend, was der Gemeinderat auch erläutert hat und in der Vorlage nachzulesen ist. Daher finden wir es nicht ganz so einfach. Die Gemeinde Pratteln ist Energiestadt und will Energiestadt bleiben, was auch richtig ist. Wir wollen die Motion daher nicht als erheblich erklären und nicht an den Gemeinderat überweisen. Meine persönliche Meinung: Ich finde die Einsetzung der Kommission, die die Energiestadt unterstützt und neue Ideen bringt, sehr gut, aber nicht dieses Planungspostulat.

**Paul Dalcher:** Auch die FDP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, das Begehren dieser Motion nicht zu unterstützen. Wir wollen nicht, dass das Buch noch dicker wird. Warum? Alles, was wir hierin diskutieren und beschliessen darf niemals unserem Klima schaden.

**GR Stefan Löw:** Fabian Thomi hat den Deckmantel Energiestadt erwähnt. Dies ist es sicher nicht, was man schon aufgrund der Audits sieht. Diese Audits sind sehr umfassend und wer sich wirklich damit auseinandersetzt, kann auch wahrnehmen, was von Seiten der Gemeinde alles geschaffen wird. In der Vorlage können sie auch die energiepolitischen Zielsetzungen der Gemeinde von 2018 – 2021 nachlesen und die Begehren, die Benedikt Schmidt erwähnt hat, sind schon dort enthalten. Die Idee ist, dass man mit der Begleitkommission diese noch intensiver bearbeitet. Ich lege euch ans Herz, diesen Weg zu beschreiten und zu sehen, wie zielführend er ist. Ich kenne die Energiestrategie sehr gut und begleite sie auch schon lange. Wir können Riesenschritte machen, wenn wir uns intensiv damit befassen.

**Kurt Lanz:** Jetzt habe ich vom Gemeinderat gehört, wie intensiv die Energiestadt gelebt wird. Falls die Energiestadt so gelebt wird, wie ich gerne hätte, so hätte ich wahrscheinlich meine Interpellation zum Kindergarten Zweien (letzte Einwohnerratssitzung) nicht machen müssen.

**Benedikt Schmidt:** Ich habe das Argument gehört, es sei nicht einfach, die Sachen in ein Aufgabenfeld Klimaschutz zu verschieben. Möglich. Und daher habe ich in meiner Planungsmotion den Gemeinderat gebeten, konkrete Vorschläge zu machen, was man verschieben kann oder nicht. Wenn wir die Antwort des Gemeinderates anschauen, sehen wir, dass dies nicht einmal versucht wurde und nur weil etwas schwierig ist, muss man nicht darauf verzichten. Klimawandel ist ein schwieriges Thema und entsprechend ist es auch im AFP nicht ganz einfach. Es gibt tatsächlich die energiepolitischen Zielsetzungen des Gemeinderates. Ich habe das Dokument angeschaut - man findet es auch auf Homepage der Gemeinde - und festgestellt, dass es alles andere als konkret ist, was gemacht werden soll. Dort steht: „Die folgenden Zielsetzungen konkretisieren die Legislaturziele 2017 - 2020 im Bereich Energie,„. Weiter steht dort: „Die Gemeinde Pratteln unterstützt die Zielsetzungen des Kantons BL (Energiegesetz) und setzt sich nach ihren

Möglichkeiten ein für: eine sichere umweltgerechte, breit gefächerte und volkswirtschaftlich optimale Versorgung mit Energie“. Dies ist nicht sehr konkret. „Eine sparsame, rationelle und umweltschonende Energieverwendung“ ist es auch nicht. „Ein Ersatz nicht erneuerbarer Energien möglichst durch erneuerbare Energie“ stellt eine Absichtserklärung dar. Weiter heisst es in den energiepolitischen Zielsetzungen „Pratteln bietet ein hochwertiges, gepflegtes und sicheres Wohnumfeld in altersdurchmischten Quartieren“. Dies ist ein konkreter Punkt der Energiesachplanung der Gemeinde. Ich meine, dass man sich erste Gedanken gemacht hat, aber noch sehr viel nachfolgende Arbeit notwendig ist. Die Kommission, von der GR Stefan Löw geredet hat, ist sicher eine gute Idee. Mit einem Aufgabenfeld kann man alle Aufgaben bündeln und alle übersichtlich zusammen darstellen. Wenn eine Aufgabe in einem anderen Aufgabenfeld steht, ist dies auch nicht schlimm. Ein neues Aufgabenfeld „Klimaschutz“ würde einiges an Klarheit für alle und auch die Bevölkerung bringen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung über die Erheblichkeit

Der Rat beschliesst mit 18 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen (das 2/3 Mehr beträgt 24):

://: Die Planungsmotion Nr. 3163 wird als nicht erheblich erklärt.

---

## **Geschäft Nr. 3176**

## **Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Konkrete Massnahmen zur Klimapolitik: Abkehr von fossilen Energieträgern für Gebäudeheizung“**

### Aktenhinweis

- Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Konkrete Massnahmen zur Klimapolitik: Abkehr von fossilen Energieträgern für Gebäudeheizung“ vom 26. August 2019

**GR Stefan Löw:** Frage 1: *Wie viele Gebäude der Gemeinde Pratteln werden mit Heizöl beheizt?* Die Gemeinde besitzt derzeit noch 4 Gebäude, welche mit Öl beheizt werden, unter anderem die Zivilschutzanlage in der Lachmatt, die eigentlich eine Armeeunterkunft ist. Sämtliche verbliebenen Ölheizungen werden ausschliesslich mit Ökoheizöl betrieben. In Bezug auf die gesamte Energiebezugsfläche aller gemeindeeigenen Bauten beträgt der Anteil der mit Heizöl beheizten Flächen lediglich noch 3%. Frage 2: *Wie viele Gebäude der Gemeinde Pratteln werden mit Gas beheizt?* Die Gemeinde beheizt 12 Gebäude mit Bio-Erdgas. Dies entspricht einem mit Gas beheizten Flächenanteil aller Liegenschaften der Gemeinde Pratteln von 8%. Frage 3: *Bei wie vielen Gebäude der Gemeinde Pratteln mit Gasheizung wird kein Biogas verwendet?* Alle Liegenschaften der Gemeinde Pratteln, welche über eine Gasheizung verfügen, werden mit dem Standardprodukt IWB Bio-Erdgas beliefert. Frage 4: *Hat die Gemeinde einen Plan zum Ausstieg aus fossiler Energie zur Gebäudebeheizung?* Als Energiestadt legt die Gemeinde Pratteln grossen Wert auf nachhaltige Gebäudebeheizung. Bei Sanierungen und Heizungsersatzprojekten wird unter Einbezug der Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Abwägungen nach Möglichkeit auf fossile Energieträger verzichtet. Heute werden mittlerweile 89% der gesamten beheizten Flächen der gemeindeeigenen Bauten mit erneuerbaren Energien betrieben. Frage 5: *Bis wann, plant die Gemeinde, auf fossile Energie zum Beheizen der Gebäude verzichten zu können?* Die bestehenden Heizungen, welche noch nicht mit erneuerbaren Energien betrieben werden, sollen aus wirtschaftlichen Überlegungen bis

an das Ende ihrer Lebensdauer betrieben werden. Da die verschiedenen Heizungen, welche noch mit fossiler Energie betrieben werden, unterschiedliche Rest-Lebensdauern haben, ist ein genereller Zeitpunkt zum Verzicht nicht festgelegt. Die Heizungen werden jährlich überprüft und gewartet und ihr Zustand beurteilt.

Andreas Seiler wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

**Andreas Seiler (Interpellant):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Ich hätte die Frage, beispielsweise zur Gebäudeheizung, auch für die gemeindeeigenen Fahrzeuge stellen können. Man hätte dann dieselben Zahlen abfragen können. Es war aber nicht mein Ziel, die Verwaltung zu beüben, dass sie viele Zahlen zeigen. Mir ging es um ein exemplarisches Beispiel das zeigt, was die Gemeinde als Organisation auch in Eigenverantwortung machen kann, wenn man das entsprechende Ziel hat. Ich bin etwas enttäuscht, dass bei der Frage 5 als Antwort nur die jeweilige Lebensdauer der Heizung stand, und nicht eine Abschätzung. Man weiss ja, wie alt die Heizungen sind, welche durchschnittliche Lebensdauer sie haben und man hätte beispielsweise sagen können, dass man in 10 Jahren die letzte ersetzt hat. Dieses Beispiel zeigt, dass Klimaschutz nicht nur ein Thema ist, das man als separates Thema behandeln kann, sondern in alle Bereiche der Gemeinde greift, in denen Gebäude der Gemeinde für ihre Aufgaben benötigt werden. Dort fallen auch die Heizkosten an und je nach Variante kostet es kurzfristig mehr oder weniger. Wir wissen aber auch, dass es langfristige Kosten gibt, die wir auch im Blick haben sollen. Interessant wäre eine Jahreszahl gewesen, mit der geschätzt wird, wie lange die bestehenden Heizungen noch leben. Dies könnte auch ein Ziel im neuen Legislaturprogramm sein und ein entsprechender Plan erstellt werden.

**Fabian Thomi:** Ich finde es toll, dass die FDP ihr Farbspektrum um Grün erweitert. Als ich den Titel gelesen habe, dachte ich „Toll, jetzt kommen endlich konkrete Massnahmen, die von unserer Seite gefordert werden“. Wie aber eine Interpellation eine konkrete Massnahme sein soll, ist mir doch ein Rätsel. Es handelt sich ja lediglich um einige Fragen, die trotzdem wichtig und gut sind. Ich habe dieselbe Bemerkung wie Andreas Seiler. Wenn GR Stefan Löw gesagt hat, dass es einen Zeitplan für die Heizungen gibt, dann fragt sich, wie dieser Zeitplan aussieht. Vielleicht kann dies GR Stefan Löw noch erläutern. Ich hoffe sehr, dass noch konkrete Massnahmen auch von Seite der FDP folgen und zwar Massnahmen zum Klimaschutz und nicht zur Klimapolitik.

**GR Stefan Löw:** Konkret kann ich ihnen keine Zahlen zur Ablösung der einzelnen Heizungen nennen. Dies hängt von ihrer Lebensdauer ab. Falls sich andere Möglichkeiten ergeben, dass beispielsweise Fernwärme in die Nähe geführt wird, wird eine Ablösung des Heizsystems geprüft. Ich betone, dass wir 89% der gesamten beheizten Flächen der gemeindeeigenen Bauten mit erneuerbaren Energien betreiben, was einen sehr guten Wert darstellt und lediglich 3% werden mit Heizöl geheizt. Von der Wirtschaftlichkeit aus gesehen, macht eine situative Prüfung Sinn und dann wird die energietechnisch beste Variante ausgewählt. Jede Heizung ist für sich selber ein einzelner Fall und darum lässt sich kein Zeitpunkt nennen.

**Benedikt Schmidt:** Ich danke für Antworten auf die Fragen. Im Jahr 2011 hat Urs Hess eine Interpellation zur Reduktion des Gesamtenergieverbrauches der Energiestadt gemacht und ich ein Postulat zur Reduktion des Heizölbedarfes der Gemeinde. GR Stefan Löw hat erwähnt, dass heute 89% der Fläche mit erneuerbaren Energien beheizt werden. 2011 hiess es, 41% des Gesamtenergiebedarfes sei Heizöl. Wie gross ist der Anteil am Heizöl heute am Gesamtenergieverbrauch? 2011 wurde auch gesagt, es sei das Ziel, als Teil der Energiestadt den Gesamtenergieverbrauch zu stabilisieren und anschliessend zu reduzieren. Man will auch den Anteil der erneuerbaren Energieträger von 4 auf 20% erhöhen bis 2020. Mich interessiert, ob diese Ziele noch existieren und ob sie erreicht wurden. In den energiepolitischen Zielsetzungen steht nicht mehr, dass man den Energieverbrauch reduzieren will, er soll nur noch stabilisiert werden.

**GR Stefan Löw:** Es ist richtig, was Benedikt Schmidt gesagt hat. Mit der Entwicklung von Pratteln, dem Bau von Schulhäusern und anderer zusätzlicher Infrastruktur ist eine Stabilisierung das Ziel. Bei neuen Volumen noch zusätzlich reduzieren zu wollen, ist mehr als ambitiös. Eine Stabilisierung können wir erreichen; eine Reduktion ist unrealistisch. Es wäre unehrlich, wenn wir Ziele setzen, die wir gar nicht erreichen können.

**Andreas Seiler:** Eine kurze Antwort auf das Votum von Fabian Thomi: Ob im Titel „Klimaschutz“ oder „Klimapolitik“ steht, ist unerheblich. Eine konkrete Massnahme für die Gemeinde wäre, aus fossiler Energie für Gebäudeheizung auszustiegen. In Frage 5 frage ich ja nach einem Plan und konkret etwas zu machen, was man allenfalls in die nächsten Legislaturziele aufnehmen könnte. Dies ist für mich eine konkrete Massnahme.

Die Interpellation Nr. 3176 ist beantwortet.

---

## Geschäft Nr. 3178

## Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Bundesasylzentrum in Pratteln“

### Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Bundesasylzentrum in Pratteln“ vom 26. August 2019

**GR Emanuel Trueb:** Frage 1: *Gemäss Bund gibt es mehrere Arten von Asylzentren (Bundesasylzentrum mit Verfahrensfunktion, Bundesasylzentrum ohne Verfahrensfunktion, besondere Zentren). Was für ein Asylzentrum ist in Pratteln geplant und was würde das bedeuten?* In Pratteln ist ein Bundesasylzentrum ohne Verfahrensfunktion (in der Folge mit „Zentrum“ bezeichnet) geplant. Das Zentrum im Kanton BL bzw. in Pratteln soll maximal 240 Unterbringungsplätze bieten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einem Zentrum beträgt erfahrungsgemäss 30 - 40 Tage und die maximale Aufenthaltsdauer wird 140 Tage betragen. Sollte das Verfahren länger dauern, müssen die Asylsuchenden von Gesetzes wegen einem Kanton zur weiteren Unterbringung zugewiesen werden. In einem solchen Zentrum halten sich überwiegend Personen im laufenden Asylverfahren auf. Namentlich warten rund 74% der Asylsuchenden in einem Zentrum auf einen Asylentscheid. Rund 18% der Asylsuchenden befinden sich in der Beschwerdephase. Etwa 8% der Asylsuchenden in einem Zentrum verfügen über ein abgelehntes Asylgesuch. Diese Daten wurden dem Fact Sheet des SEM vom 21. November 2018 entnommen. Frage 2: *Wie stellt sich der Gemeinderat zu einem Fortführen der Verhandlungen?* Der Gemeinderat erkennt bei einem Zentrum mit Standort in Pratteln Perspektiven und Chancen. Die Gemeinde Pratteln wäre in diesem Fall von der Verpflichtung befreit, neue Asylsuchende aufzunehmen. Dies würde in erster Linie eine finanzielle Entlastung der Sozialhilfe sowie eine Entlastung für die Schulen bedeuten. Frage 3: *War der Gemeinderat aktiv bei Bund, Kanton oder Landeigentümer vorstellig?* Der Gemeinderat hat aktiv Gespräche geführt mit den Vertretungen von Bund und Kantonen, welche den Kontakt zur Gemeinde gesucht haben. Mit den Landeigentümern wurden keine Gespräche geführt. Frage 4: *Wie nimmt oder kann der Gemeinderat Einfluss auf die Verhandlungen nehmen?* Der Gemeinderat nimmt aktiv Einfluss auf die Verhandlungen mit Kanton und Bund und tritt als ernstzunehmender Verhandlungspartner auf. Der Gemeinderat sieht vor, die Integrationskommission zu beauftragen, günstige Voraussetzungen und Massnahmen zu treffen, um das Zusammenleben positiv zu beeinflussen. Verträge zu solch einem Zentrum werden zwischen den Landeigentümern und dem SEM, eventuell

dem Amt für Bundesbauten, abgeschlossen. Die eine Organisation erwirbt das Land und die andere betreibt anschliessend die Baute. Frage 5: Wie würde sich ein allfälliges Asylzentrum in Pratteln auf die Finanzen und das Image der Gemeinde Pratteln auswirken? Erfahrungen aus Muttenz und weiteren Asylzentren zeigen, dass einzelne zuvor geäusserte Befürchtungen sich in dieser Form nie bewahrheitet haben. Das Vorhandensein eines Zentrums in einer Gemeinde kann deren Image durchaus auch positiv beeinflussen, insbesondere wenn von Seiten der Gemeinde die relevanten Kontakte zu den Betreibern und gegebenenfalls zu den Asylsuchenden gepflegt werden. Diese Aufgabe kann, wie oben genannt, von Mitgliedern der Integrationskommission und einzelner Organisationen (Kirchen) geleistet werden. Finanziell können im Rahmen der Sozialhilfe signifikante Einsparungen erwartet werden.

Urs Schneider wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

**Urs Schneider (Interpellant):** Ich danke für die Beantwortung meiner Fragen. Der Vorstoss soll überhaupt nicht ketzerisch sein und darf so nicht verstanden werden. Für mich war befremdend, dass man in der Zeitung lesen konnte, dass der Bundesrat einen Marschhalt macht und überprüfen will, wie viele Zentren es überhaupt noch brauche und wo diese sein könnten. Gleichzeitig hört man, dass in Pratteln ein solches Zentrum geplant ist, mit dem Wissen, dass der Bundesrat alles neu überprüfen will. Warum will er es überprüfen? Aktuell sind 40% der Asylzentren ausgelastet, was eine positive Entwicklung gegenüber den Vorjahren darstellt und wir hoffen, dass es auch so bleibt. Richtig ist auch, dass man vorbereitet ist, falls die Asylzahlen wieder ansteigen. Ich habe mir persönlich folgende Frage gestellt: Was ist nun für die Gemeinde Pratteln besser? Will man regelmässig neue Asylsuchende in Pratteln, die noch nicht wissen, wohin und ob sie bleiben dürfen, oder will man eine zugewiesene Anzahl von Asylanten, die sich eventuell integrieren und deren Kinder hier in die Schule gehen? Was ist nun für die Bevölkerung einfacher? Leute hier zu haben, die man kennt oder das Wissen, dass man nach einer Anzahl Tage wieder 140 neue Personen hier hat. Ich denke auch, dass es nicht grosse Probleme geben wird, wie es auch der Gemeinderat gesagt hat – auch in Muttenz durfte man diese Befürchtungen nicht erleben, was positiv ist. Für mich ist sehr befremdend, dass weitergeplant wird, obwohl der Bund überprüfen will. Auch hier werden Steuergelder eingesetzt, nicht direkt von uns, aber vom Bund.

**GR Emanuel Trueb:** Es mag durchaus befremdlich sein, wenn auf der einen Seite solche Signale gesendet werden und auf der anderen Seite hört man Gegenteiliges. Ich muss aber klarstellen: Die Gemeinde Pratteln spielt hier keine aktive Rolle. Wir sind weder die Organisation, die ein solches Zentrum betreiben würde, noch sind wir diejenigen, die das Land zur Verfügung stellen. Wir sind in der Situation, in der wir sagen können, Bund oder Kanton oder wer auch immer die Verantwortung hat, entscheidet euch, damit wir reagieren können. Im Moment ist die Situation nicht so virulent, sie kann aber in sehr kurzer Zeit und abhängig von der geopolitischen Lage ändern. Aktuell haben wir eine sehr angespannte Situation in Syrien und wir kennen die Folgen auf die einzelnen Ethnien nicht, die dort herumgetrieben werden. Dies könnte durchaus innert sehr kurzer Zeit zur Situation führen, dass wir in der Schweiz die Zentren wieder voll haben und eine ganz andere Diskussion führen müssen. Aktuell können wir dankbar sein und es gäbe etwas mehr Frieden auf dieser Welt, wenn nicht so viele Leute Zuflucht suchen müssten. Im Moment herrscht eine trügerische Ruhe.

Die Interpellation Nr. 3178 ist beantwortet.

---

**Geschäft Nr. 3180**

**Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Barrierefreie Tramhaltestellen“**

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Barrierefreie Tramhaltestellen“ vom 18. August 2019

**GR Urs Hess:** Ich kann Tobias Henzen beruhigen. Beim Tram in Pratteln wird nächstes Jahr von April bis Juni das komplette Gleis von der Wendeschlaufe bis in die Lachmatt ausgewechselt und in diesem Zusammenhang werden sämtliche Tramhaltestellen behindertengerecht umgebaut. Die Tramhaltestellen gehören nicht der Gemeinde, sondern der BLT und die BVB ist der Betreiber dieser Strecke. Was Tobias Henzen fragt, tritt also nächstes Jahr von April bis Juni ein. Es wird eine gewisse Zeit geben, in der das Tram nicht fahren wird, was durch die BLT kommuniziert wird.

Tobias Henzen wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

**Tobias Henzen (Interpellant):** Ich danke GR Urs Hess für die Antwort. Ich frage mich, ob bei den Umbauten dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) wirklich nachgelebt wird, oder ob es schlussendlich wieder heisst, die Mindestanforderungen dieses Gesetzes seien ja erfüllt.

**GR Urs Hess:** Die Überprüfung, dass die Haltstellen wirklich dem Gesetz entsprechen und auch so ausgebaut sind obliegt dem Kanton. Was ich bis jetzt von den BLT gesehen und gehört habe, werden die neuen Haltstellen dem Gesetz vollständig entsprechen und eine entsprechend hohe Haltekante und Auffahrt aufweisen.

**Petra Ramseier:** Wenn nun die ganze Strecke erneuert wird, wird auch in Betracht gezogen, das Gleisbett zu begrünen, statt Schotter zu haben? Kann da die Gemeinde allenfalls noch Einfluss haben?

**GR Urs Hess:** So viel ich weiss, soll das Tramgleis nicht begrünt werden. Man hat eine Begrünung an anderen Orten schon versucht wie zum Beispiel in Binningen und die Gemeinde musste sich an den Kosten beteiligen. In diesem Fall wurde dies nicht diskutiert, weil es auch eine unterhaltsintensive Angelegenheit ist und daher sieht die BLT bei einem offenen Trassee davon ab. Von der Lachmatt bis zur Schlaufe gibt es nur offenes Trassee. Die Tramschlaufe ist ja begrünt.

Die Interpellation Nr. 3180 ist beantwortet.

---

## Geschäft Nr. 3181

## Postulat der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“

### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“ vom 18. August 2019

**GR Urs Hess:** Zum Voraus: Der Gemeinderat hat in der Interpellation Nr. 3128 von Tobias Henzen, die er letztes Jahr eingebracht hat, schon Antwort auf verschiedene Fragen gegeben, d. h. wir haben die Kreuzung geprüft und dem Einwohnerrat berichtet. Der Vorstoss eines Postulates ist, prüfen und berichten. Wir haben bereits damals aufgezeigt, dass wir schon diverse Prüfungen durchgeführt haben. Einerseits durch die Verkehrsabteilung der Polizei, andererseits durch den VCS zum Thema Schulwegsicherheit und zum Dritten die Beratungsstelle für Unfallverhütung. Wenn ihr das Postulat überweisen würdet, hättet ihr dieselben Antworten und im Sinne einer Verfahrensoptimierung würden wir dieses Postulat nicht entgegennemen; die Antworten kennt ihr schliesslich schon.

**Tobias Henzen (Postulant):** Es ist richtig, dass GR Urs Hess diese Antworten gegeben hat und ich komme nun mit Ratschlägen, ob man nicht mit einem kleinen Aufwand wie einer Bauminsel, die Situation verbessern könnte. Ich gehe dort tagtäglich vorbei und es halten sich nun nicht alle Verkehrsteilnehmer an Tempo 30 oder 50. Viele rasen einfach mit 80 oder sogar 90 km/h hindurch, was für einen kleinen oder grossen Menschen lebensgefährlich ist. Diese Kreuzung hat keine gute Übersichtlichkeit; man sieht gar nichts und ich würde es begrüessen, wenn das Postulat angenommen wird.

**Andreas Seiler:** Die FDP-Fraktion hat auch festgestellt, dass dieselben Fragen schon früher als Interpellation gestellt wurden; die Antworten sind im Protokoll nachzulesen. Darum sind wir gegen eine Überweisung dieses Postulates. Anmerken möchte ich noch, dass das Einhalten der Geschwindigkeit Aufgabe der Gemeindepolizei ist und bei der Oberemattstrasse gibt es ja deswegen einen Umbau, der gerade am Laufen ist.

**Petra Ramseier:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Überweisung. Der Gemeinderat soll die Chance nutzen, die Situation noch einmal anzuschauen, auch weil wir der Meinung sind, dass es dort Verbesserungspotential gibt und sich die Situation etwas entschärfen lässt.

**Kurt Lanz:** Die Interpellation ist auch mir noch präsent. Wenn die Antwort genau dieselbe ist, kann mir sicher jemand, der die Antwort präsent hat, sagen, warum es beispielsweise nicht möglich sein soll, den Punkt 2 mit dem Spiegel zu realisieren. Was spricht dagegen, dort einen Spiegel anzubringen? Welches ist der Grund, warum dies nicht möglich ist? Das weiss ich leider nicht mehr und wenn die Antworten schon gegeben sind und alle wissen, dass es dieselben sind, kann mir sicher jemand sagen, warum man keinen Spiegel montieren kann.

**GR Urs Hess:** Der Spiegel war letztes Mal nicht Thema und daher steht dazu nichts in der Antwort. Die Spiegel werden von der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei geprüft und sehr, sehr selten als letztes Mittel eingesetzt und dies mit Absicht. Ein Spiegel schwört eine falsche Verkehrssicherheit herauf, weil genau Velos und Fussgänger praktisch nicht im Spiegel zu sehen sind und darum geht die Verkehrspolizei sehr rigoros mit den Verkehrsspiegeln um. Eine weitere Antwort zu einem Spiegel steht noch aus und dazu äussere ich mich später.

**Mauro Pavan:** Ich gebe Andreas Seiler Recht. Zu prüfen, ob die Tempolimiten eingehalten werden, ist Aufgabe der Polizei. Das Gesetz sieht aber auch vor, falls die Tempolimiten nicht eingehalten werden, dass mit baulichen Massnahmen dafür gesorgt werden muss, dass sie eingehalten werden. Ich bitte euch darum, das Postulat zu überweisen, um dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, zu überprüfen, ob dort regelmässig das Tempo nicht eingehalten wird und dann entsprechend für Abhilfe zu sorgen, sollte dies der Fall sein.

**GR Urs Hess:** An Mauro Pavan: In diesem Postulat steht nichts von Tempo-Überprüfung. Die Gemeinde überprüft die Tempi und – es wurde schon angetönt – dass man die Kreuzung bzw. Einfahrt in den Mühleweg abändert und zwar genau wegen des Tempos. Man konnte dort relativ schnell hineinfahren und darum wird dort eine abgekröpfte Einfahrt erstellt und so das Tempo reduziert. Das Tempo wird laufend überprüft und ab und zu gibt es Leute, die meinen, man müsse etwas schneller fahren. Man kann festhalten, dass das Tempo im Bereich der Kreuzung, die Tobias Henzen angetönt hat, im Allgemeinen eingehalten wird. Es gibt immer solche, die schneller fahren. Unsere Messungen zeigen, dass das Tempo im Allgemeinen eingehalten wird.

**Simone Schaub:** Ich höre laufend, dass man überprüfen müsse. Ich habe allerdings auch gehört, dass die Polizei überprüft, das BfU und der VCS. Wer soll denn jetzt noch überprüfen? Anscheinend waren keine Änderungen notwendig und ich weiss nicht, wer sonst noch überprüfen sollte, wenn die wichtigen und richtigen Stellen dies bereits erledigt haben.

**Fabian Thomi:** Ich entgegne GR Urs Hess und widerspreche ihm erneut, wie er Mauro Pavan widersprochen hat. In Punkt 3 steht, ob es Möglichkeiten gäbe, die Kreuzung sicherer zu gestalten und da geht es auch um Geschwindigkeit und damit auch darum, ob sich die Leute an das Tempolimit halten.

**Patrick Weisskopf:** Ich schaue das Postulat wie einen Rückkommensantrag an. Im Geschäft 3128 hat man am 29. September 2018 eine Antwort gegeben. Jetzt stellt sich heraus, dass der Verkehrsfluss an dieser Kreuzung nicht optimal ist und man die Kreuzung besser gestalten könnte. Schauen wir es aus der Sicht des Fussgängers an. Wenn man von oben kommt und auf der rechten Seite Richtung Dorf läuft, ist der Baum im Weg. Der Fussgänger muss die Strassenseite wechseln oder auf der Strasse laufen und genau hier liegt das Problem. Der Fussgänger wird also gezwungen, von der rechten auf die linke Seite zu wechseln und ein Stück auf der Strasse zu laufen, um wieder auf die rechte Seite zurück zu wechseln; man soll ja möglichst auf dem Kompetenzstreifen laufen. Gerade jetzt, wenn es dunkel und nass ist, ist dies für Kinder oder handycapierte Personen ein Hindernis. Tobias Henzen schlägt nun vor, den Raum beim Baum ein ganz klein wenig anders zu gestalten, dann könnte man dies optimieren. Darum bin ich dafür, das Postulat zu überweisen, damit der Gemeinderat eine Ortsbegehung macht und schaut, wie wir einem Mitmenschen helfen können, dies zu optimieren. Es ist eine Kleinigkeit und vielleicht machen wir ein ganz klein wenig mehr, als vom Gesetz her nötig. Es ist aber eine Erleichterung und bringt Sicherheit. Der motorisierte und Individualverkehr können besser fließen. Sie kommen sich weniger in die Quere und sind besser entflochten und um das geht es doch. Darum bitte ich euch um Überweisung und schaut es noch einmal an.

**Tobias Henzen:** Ich habe gehört, dass es nicht ums Tempo geht. Ich habe aber dort von temporeduzierenden Massnahmen geschrieben. Muss ich noch deutlicher werden?

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3181 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

## **Geschäft Nr. 3182**

## **Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Schlossstrasse-Schlossstrasse“**

### Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Schlossstrasse-Schlossstrasse“ vom 9. September 2019

**GR Urs Hess:** Bei dieser Kreuzung bei der Gemeindeverwaltung könnte ein Spiegel montiert werden, findet Hasan Kanber. Meine Bemerkungen dazu: Man hat bei dieser Kreuzung lange gewartet und wollte die Einhaltung der Geschwindigkeit überprüfen. Auf der Schlossstrasse, vor allem in diesem Abschnitt, haben wir Geschwindigkeiten, die im Tempo-30-Bereich nicht zugelassen sind. Dies bedeutet, dass Massnahmen ergriffen werden müssen. Rechtsvortritt stellt für den ÖV eine heikle Situation dar, denn wenn ein Rechtsvortritt erzwungen wird und der öffentliche Bus abrupt bremsen muss, besteht die Gefahr von Verletzten im Bus. Daher wehren sich die Transportunternehmungen immer gegen solche Massnahmen. Um die Geschwindigkeit zu reduzieren, hat man verschiedene Möglichkeiten geprüft und übrig blieb, einen Rechtsvortritt zu installieren. Diesem haben auch die Verkehrsabteilung der Kantonspolizei und die Autobus AG zugestimmt. Nun zum Spiegel: Ein Spiegel ist nicht Sache der Gemeinde; dazu muss ein Gesuch gestellt werden. Ein Spiegel wird nur in sehr seltenen Fällen von der Kantonspolizei bewilligt. Bei einem Spiegel haben die Leute das Gefühl, es sei sicher, was aber nicht der Fall ist, weil vor allem Fussgänger und Velofahrer im Spiegel übersehen werden. Deshalb hat die Verkehrsabteilung einem Spiegel an diesem Ort nicht zugestimmt. Die Situation ist nun um einiges besser als vorher; die Kreuzung ist mit einer Signalisationsänderung versehen und funktioniert nun. Das Tempo ist vermindert und ich glaube, dass diese Massnahme funktioniert und leider gibt es hier keinen Spiegel.

Hasan Kanber wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

**Hasan Kanber (Interpellant):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Für mich ist sie nicht ausreichend und ich verweise auf das prominente Opfer in der Stadt nur einige Kilometer weiter entfernt; die Sicherheit darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Es gibt Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die nahe der Kreuzung leben, aber ich habe sie nicht befragt, wie sie die Situation empfinden. Ein Spiegel kann täuschen. Das ist richtig. Ich kenne gewisse Spiegel und frage mich, ob sie dort zu etwas dienen oder nicht. Ich will aber nicht den einen Spiegel gegen den anderen ausspielen, was nicht der Sinn von meinem Vorstoss ist. In Anbetracht dessen, dass in Zukunft dort ein neues Gemeindezentrum gebaut wird, ist mir klar, dass sich dann etwas ändert. Schaut an, wie viele Kinder dort vorbeilaufen und wenn es einen Unfall gibt und die Polizei anrücken muss, ist es viel teurer als ein Spiegel. In diesem Sinn bin ich mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden.

Die Interpellation Nr. 3182 ist beantwortet.

---

## **Geschäft Nr. 3184**

## **Postulat der SP-Fraktion, Christine Weiss, betreffend „Intelligente Strassenbeleuchtung“**

### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Christine Weiss, betreffend „Intelligente Strassenbeleuchtung“ vom 16. September 2019

**GR Urs Hess:** Bei der „Intelligenten Strassenbeleuchtung“ was man auch immer darunter versteht, gibt es sehr viele verschiedene Möglichkeiten. Christine Weiss rennt hier offene Türen ein, weil wir bereits daran sind, solche Systeme zu evaluieren. Ich kann noch nicht sagen, wo wir sie einführen. Dies ist eine Frage der Lichtplanung, aber das Postulat würden wir entgegennehmen. Wir sind bereits dran.

**Christine Weiss (Postulantin):** Ich danke GR Urs Hess für die positiven Worte und bin froh, dass er es entgegennehmen will. Ich habe aber auch die Frage gestellt, ob ein Konzept vorhanden ist, schrittweise solche Bewegungsmelder einzuführen oder ist bis jetzt nur der Wille vorhanden, es anzuschauen? Ich hätte gerne ein Konzept oder einen Plan, bis wann man dies einführen will. Gibt es einen Zeitplan?

**Urs Schneider:** Ich will GR Urs Hess nicht vorgreifen, aber ein Konzept kann vorgestellt werden, wenn das Postulat überwiesen wurde. Ein Vorschlag an den Einwohnerratspräsidenten zum Verfahren: Man könnte auch fragen, ob jemand gegen das Überweisen ist und wenn sich niemand meldet, ist es stillschweigend überwiesen.

**Petra Ramseier:** Unsere Fraktion ist für Überweisung und unterstützt dieses Anliegen. Eine Ergänzung: Es gibt die SIA-Norm 491, die die Lichtimmissionen regelt. Eine Empfehlung an den Gemeinderat: Wenn er die Umsetzung mit der intelligenten Strassenlampe macht, soll er auch darauf achten, dass die Lampen so gestaltet sind, dass sie wirklich räumlich nur nach unten strahlen.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3184 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

## **Geschäft Nr. 3186**

## **Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2018 – 2019**

### Aktenhinweis

- Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2018 – 2019 vom 14. August 2019

Auf dem Referentenplatz hat Kurt Lanz, Präsident der GPK Platz genommen und steht für Auskünfte usw. zur Verfügung.

**Kurt Lanz (Präsident GPK):** Der Bericht liegt vor und es können Frage gestellt werden.

**Petra Ramseier:** Unsere Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und hat festgestellt, dass es nicht viel zur Kenntnis zu nehmen gibt. Uns interessiert, was die Subkommissionen schaffen bzw. welche Themen dort bearbeitet werden.

**Tobias Henzen:** Unsere SP-Fraktion nimmt den Bericht auch zur Kenntnis und dankt der GPK für die hervorragende Arbeit.

**Andreas Seiler:** Im Namen der FDP-Fraktion danke ich der GPK für ihre Arbeit. Wir haben keine Fragen und nehmen den Bericht somit zur Kenntnis.

**Kurt Lanz:** Zu Petra Ramseier: Im Moment werden Aufträge des Gemeinderates an Externe angeschaut. Fragen zum IT-Konzept der Gemeinde Pratteln sind ebenfalls am Laufen und was die GPK sonst noch macht, ist auf die nächste Sitzung der GPK traktandiert. Über den Geschäftsbericht des Gemeinderates, der auch noch Zeit in Anspruch nimmt, werden wir das nächste Mal berichten.

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

---

## **Geschäft Nr. 3187**

## **Motion, Paul Dalcher, betreffend „Einführung einer Mindestquote für privates Wohneigentum in Neubauten innerhalb von Quartierplanperimetern“**

### Aktenhinweis

- Motion, Paul Dalcher, betreffend „Einführung einer Mindestquote für privates Wohneigentum in Neubauten innerhalb von Quartierplanperimetern“ vom 23. September 2019

**GR Rolf Wehrli:** Paul Dalcher beantragt mit einer Motion die Einführung einer Mindestquote für privates Wohneigentum in Neubauten innerhalb von Quartierplanperimetern. Die Zonenvorschriften Siedlung sind dahingehend zu erweitern, dass künftig bei der Planung und Realisierung von Wohnbauprojekten innerhalb des Quartierplanperimeters mindestens ein Drittel des nutzungsberechtigten Volumens für den Erwerb von privatem und selbstgenutzten Volumen zur Verfügung gestellt werden muss.

Vom Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Land haben wir die nachfolgende Beantwortung erhalten. „Dies ist in Bezug auf Art. 18 Absatz 3 des Raumplanungsgesetzes des Kantons-Basel-Land (RBG) vorzunehmen. Darin ist festgehalten, was in den Zonenreglementen zu regeln ist, nämlich die bauliche Nutzung. Als Ausnahme von der generellen Regelung können in den Quartierplanungen Massnahmen zu Gunsten der Wohneigentumsförderung enthalten sein. Als Spezialregelung geht Art. 38 Abs. 2 lit. e. RBG der generellen Bestimmung von Art. 18 RBG vor. Insofern schliesst die Regelung von Art. 38 Abs. 2 lit. e. RBG aus, dass im Zonenreglement etwas über die Wohneigentumsförderung geregelt wird. Was die Massnahmen zur Wohneigentumsförderung gemäss Art. 38 Abs. 2 lit. e. RBG umfassen, ist nicht definiert, kann also Verschiedenes umfassen. Wenn im Quartierplan eine Mindestquote für Wohneigentum festgelegt wird, kann dies aus Sicht des Amtes für Raumplanung durchaus unter eine solche Massnahme subsumiert werden.“

Fazit: Das Begehren kann in den Zonenvorschriften nicht umgesetzt werden. Höchstens im Rahmen von Quartierplanungen, wenn die Investoren einverstanden sind oder es wünschen, was aus Erfahrungen der Vergangenheit eher zu bezweifeln ist. Weitere Bemerkungen zum Begehren, die gegen eine Motion und oder ein Postulat sprechen.

- Nach intensiven Recherchen sind uns keine Praxisbeispiele bekannt, die dem Begehren nachkommen.
- Der Kanton Baselland ist gemäss Recherche, wie auch weiteren Recherchen bei anderen Kantonen, wahrscheinlich der einzige Kanton mit einer solchen Möglichkeit. Es sind keinerlei Praxisbeispiele bekannt.
- Nicht zuletzt wird Stockwerkeigentum auch vielfach als Kapitalanlage "missbraucht", was dem Zweck des Motionärs nicht entgegenkommt. Heute gilt immer häufiger eine Wohnung ist ein Investment und mangels anderer guter, sicherer Geldanlagen binden immer mehr Privatpersonen Geld in einer Wohnung. Vermarkter von Neubauwohnungen bestätigen, dass ein beträchtlicher Anteil neuer Stockwerkeinheiten zum Zweck einer Kapitalanlage gekauft wird, und nicht, um selbst darin zu wohnen. Vielleicht ziehen später die Kinder ein, vielleicht der Käufer selbst, und bis es so weit ist, schlüpft er in die Rolle eines «Feierabendvermieters».
- Die Forderung einer Durchmischung von Mietobjekten und Stockwerkeigentum wird in Bezug auf die Verantwortlichkeiten (Eigentum/nicht Eigentum) sehr kompliziert, da bei grossen Quartierplanungen etliche Flächen (unterirdische Parkflächen, gemeinsam genutzte Infrastruktur sowie die Ver- und Entsorgung, usw.) gemeinsam genutzt werden. Eine Entflechtung ist nur mit einer angeordneten Trennung im Quartierplanperimeter möglich, was die Grundeigentümer/innen unverhältnismässig einschränkt.
- Bei kleineren Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen steht sowieso normalerweise das Wohneigentum im Vordergrund.
- Nicht zuletzt ist der Gemeinderat der Auffassung, dass das Anliegen zu stark in den privaten Wohnungsbau eingreift und auch politisch ein falsches Signal gegenüber Investoren aussendet. Zudem wäre die Umsetzung noch schwieriger, wenn verdichtet gebaut wird. Dies würde den erhöhten Qualitätsansprüchen gegenüber Eigentumswohnungen zuwiderlaufen auch bei Ausnahmeüberbauungen.

Der Gemeinderat lehnt das wohnungspolitische Anliegen ab. Als Motion ist es gemäss Raumplanungsgesetz nicht umsetzbar und auch als Postulat aus den genannten Gründen nicht. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Motion abzulehnen und auch nicht als Postulat zu überweisen.

**Paul Dalcher (Motionär):** Warum habe ich diese Motion eingereicht? Es geht mir um das Begehren, das Wohneigentum zu fördern und fördern von Wohneigentum heisst eben auch Pflege des Mittelstandes. Die Förderung des Wohneigentums ist eine wirksame Massnahme gegen das Schlafstadt-Syndrom. Wohneigentum schafft Bindung zur Wohngemeinde und beschleunigt die Sozialisation. Eine hohe Wohneigentumsquote ist im öffentlichen Interesse. Pratteln weist eine Quote von nur 27% auf (drittletzte Gemeinde im Kanton), während der Kantonsdurchschnitt BL 46% beträgt. Wir haben in Pratteln also einen sehr hohen Anteil an Mieterinnen und Mietern. Die Wohneigentumsquote ist sehr klein, was mich beschäftigt und zur Sorge anregt. Wohneigentum ist Altersvorsorge und bedeutet Pfand für die Finanzierung des Lebens in der vierten Phase (AHP-Kosten). Im Quartierplan sollte es doch möglich sein, solche Bestimmungen, eine solche Quote, aufzunehmen oder zumindest zu avisieren, damit man aktiv werden kann. Quartierplanung: Das Instrument Quartierplanung ist nicht nur für die Renditenoptimierung vorgesehen. Der Quartierplan muss auch immer öffentliche Interessen berücksichtigen. Nicht nur gestalterische und bauliche Qualität sollen Zweck sein, sondern auch Wohneigentumsaspekte müssen einfließen. Die Motion will durch die höhere Eigentumsquote zu einer positiven mittel- bis langfristigen Entwicklung unserer Gemeinde beitragen. Das Begehren der Motion entspricht tatsächlich dem Sinn und Zweck einer fortschrittlichen und liberalen Raumplanung. Zu den rechtlichen Aspekten: GR Rolf Wehrli als Sprecher des Gemeinderates hat gesagt, dass es nicht möglich sei, weil übergeordnete Erlasse und Best-

immungen dies nicht vorsehen. Das mag sein und das habe ich auch gesehen, aber hier geht es darum, eine Willenskundgebung zu machen, dass wir in diese Richtung gehen wollen. Dann müssen die entsprechenden Organe in den entsprechenden Ebenen gesetzliche Grundlagen schaffen. Es geht also um den Start einer Idee, die ins Land getragen werden soll. Es ist nicht zufällig, dass dies in Pratteln beginnt; hier ist es bitter nötig mit nur 27% Wohneigentum. Der Spielraum für Landeigentümer kann durchaus Lösungen auf Baurechtsbasis enthalten. Wer Baurechtsnehmer ist, hat Wohneigentum und auch Lösungen auf Wohnbau- und Wohngenossenschaften sind möglich. Eigentumsverteilungsprozess: Grundsätzlich, und das ist meine Besorgnis, ist der Mittelstand in der Defensive und zu lebenslangem Mieterstatus gezwungen und dies finde ich nicht gut. Strenge Kriterien für Erwerb von Eigenheim sind Wasser auf die Mühlen der institutionellen Anleger, Investoren und Banken, aber darauf haben wir keinen Einfluss. Ohne gesetzliche Massnahmen entstehen in grösseren Siedlungseinheiten unerwünschte Monokulturen mit hohem Klumpenrisiko (hohe Fluktuation, Sozialhilfeempfänger, Infrastrukturaufgaben, viele nicht eingebundene Leute auf engem Raum). Die Motion will eine soziale Vernetzung – Konkret: einen Bewohnermix aus Mietern und Eigentümern. Ein gutes Beispiel von Quartierplanungen mit sozialen Vernetzungen und einer Mischlösungen von Miet- und Eigentumsobjekten ist der Augarten in Rheinfelden. Es gibt sehr gute Erfahrungen damit und es wird auf lange Jahre guter Erfahrungen zurückgeblickt. Die Leute, die dort im Wohneigentum wohnen, haben auch eine engere Beziehung zur Gesellschaft, zur Gemeinde und können sich besser identifizieren und nehmen am öffentlichen Leben teil. Die Begehren dieser Motion sind tatsächlich neuartig. Aber was ist nicht neu und was soll noch neu werden in Pratteln? Antworten darauf sind zu entwickeln und brauchen dazu neuartige Mittel und Massnahmen. Die Pflege des Mittelstandes ist nicht neu, doch notwendiger denn je. Im Interesse einer gesunden Entwicklung von Pratteln, die nur durch einen intakten Mittelstand gewährleistet werden kann, bitte ich sie, der Motion zuzustimmen.

**Christian Schäublin:** Die SVP-Fraktion hat die Motion auch diskutiert. Wir haben sie theoretisch verstanden, die Argumente zur Kenntnis genommen und anerkennt auch die Absichten von Paul Dalcher. Praktisch sind wir der Meinung, dass die Motion nicht umsetzbar ist, was auch der Gemeinderat schon ausgeführt hat. Die 30% sind zu einschränkend und aus unserer Sicht nicht der richtige Weg, gerade im Bereich von Quartierplänen. Aus diesen Gründen sind wir klar der Meinung, die Motion nicht als erheblich zu erklären und würden auch ein allfälliges Postulat nicht unterstützen.

**Mauro Pavan:** Abgesehen davon, dass GR Rolf Wehrli schon umfassend erläutert hat, dass die Motion so gar nicht umgesetzt werden kann und dass für eine Willensbekundung eine Motion sicher nicht das richtige Instrument ist, ist die Motion inhaltlich - gelinde gesagt - eine Frechheit. Wenn schon, dann besteht in Pratteln ein Mangel an gemeinnützigem, genossenschaftlichem und bezahlbarem Wohnraum. Privaten Investoren und Bauherren vorschreiben zu wollen, dass sie nun gefälligst noch mehr dafür zu sorgen haben, dass zahlungskräftige Personen genügend Immobilien vorfinden, die sie käuflich erwerben können, ist nicht einfach nur unliberal. Es erstaunt mich zwar, wenn es ausgerechnet von einem FDP-Vertreter kommt, aber damit kann ich noch leben. Es ist schlicht asozial und ein Schlag ins Gesicht all jener, die nicht mal im Traum daran denken können, sich mit ihrem Einkommen und Vermögen je Eigentum zu leisten. Die SP wird diese Motion sicher nicht als erheblich erklären und ich bitte euch, uns zu folgen und wir werden auch kein Postulat mit dieser Stossrichtung unterstützen.

**Andreas Seiler:** Anders als der Titel im Geschäftsverzeichnis suggeriert, steht die Mehrheit der FDP-Fraktion nicht hinter dieser Motion. Die Förderung des Wohneigentums sehen wir grundsätzlich positiv, aber jetzt dem Investor vorzuschreiben, wie viele Prozente generell über alle Quartierpläne an selbst genutztem Wohnraum zu verkaufen sind, finden wir nicht richtig und nicht freisinnig. Auch stellt sich die Frage, ob grosse Stockwerkeigentümergeellschaften mittel- oder langfristig handlungsfähig sind, wenn sehr viele Parteien mitreden können und sich einig sein müssen. Da gibt es schlechte

und auch bessere Beispiele und langfristige Erfahrungen sind immer schwierig zu beurteilen. Eine Zerstückelung in kleine Stockwerkeigentümergeellschaften auf einem solchen Areal widerspricht der Natur eines Quartierplanes, wo man ja gerade eine grössere Überbauung erstellen will. Sonst könnte man das Areal einfach einzonen und müsste keinen Quartierplan machen. Aus diesen Gründen ist eine Mehrheit der FDP-Fraktion gegen eine Überweisung dieser Motion und auch als Postulat möchten wir es nicht überweisen.

**Benedikt Schmidt:** Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat die Motion gelesen und wir sind zu einem ähnlichen Schluss gekommen wie die anderen Fraktionen. Wir können diese Motion nicht unterstützen. Es wurde schon vieles gesagt und ich verzichte auf weitere Ausführungen.

#### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 34 Nein-Stimmen zu 1 Ja-Stimme bei 1 Enthaltung:

://: Die Motion Nr. 3187 wird als nicht erheblich erklärt.

---

### **Geschäft Nr. 3188**

### **Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Sitzgelegenheiten“**

#### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Sitzgelegenheiten“ vom 23. September 2019

**GR Urs Hess:** Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen und sieht einen gewissen Handlungsbedarf, ob es nun 200 oder 300m sind. Wir prüfen und berichten hierüber gerne.

#### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3188 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

### **Fragestunde**

**Stephan Ebert:** Es sind insgesamt sechs Fragen eingegangen. Im Geschäftsreglement ist unter der Ziffer 3.1.9 vermerkt, dass die Fragestunde maximal 30 Minuten dauern darf und nicht beantwortete Fragen nachher schriftlich beantwortet werden. Das Büro hat über die Reihenfolge der Fragen beraten und ist zum Beschluss gekommen, die Fragen nach dem Verfassungsdatum abzuarbeiten, die älteste also zuerst. Die Fragen liegen zusammengeheftet in der Reihenfolge der Beantwortung vor. Wenn wir nicht alle Fragen beantworten können, gibt es die schriftliche Beantwortung. Wer dies nicht wünscht, kann seine Frage zurückziehen und sie anschliessend dem Büro wieder stellen.

## Frage 1

### „Info-Schaukästen der Gemeinde in Aussenquartieren“

(Christoph Zwahlen, U/G-Fraktion)

**GR Stefan Löw:** Frage 1: *Ist auch in anderen Aussenquartieren ein Rückbau der Info-Schaukästen geplant?* Der Gemeinderat hat noch nicht definitiv über einen Rückbau entschieden. Sollte der Rückbau beschlossen werden, würde dies alle Info-Schaukästen betreffen, bis auf denjenigen bei der Gemeindeverwaltung als Ausnahme. Frage 2: *Werden die Infokästen ersatzlos abgebaut?* Grundsätzlich ja. Es werden in diesem Zusammenhang andere Informationskanäle gestärkt und die Digitalisierung weiter vorangetrieben. Frage 3: *Wenn ja: Wann und warum?* Wie ich gesagt habe, ist dies noch nicht festgelegt. Die Info-Schaukästen in den verschiedenen Quartieren sind in die Jahre gekommen und in einem schlechten Zustand. Vermehrt sind Reklamationen aus der Bevölkerung betreffs defekten, verschmierten und teilweise beschädigten Schaukästen eingegangen. Die Schaukästen müssten ersetzt werden, was Kosten in der Höhe von CHF 30'000 - 40'000 verursachen würde. Auch wenn diese Schaukästen neu sind, muss leider damit gerechnet werden, dass sie schnell wieder verschmiert, besprayt oder verkratzt werden. Aus diesem Grund klären wir ab, wieweit die Schaukästen überhaupt noch genutzt werden. Es wurde eine Befragung zu den Schaukästen durchgeführt, und die Katholische Kirche, die Reformierte Kirche, die Betriebsgruppe/Quartierverein Längi, die Quartierarbeit Gemeinde und die Politischen Dienste/Verwaltung haben geantwortet, dass sie die Schaukästen nicht zwingend benötigen. Frage 4: *Wie stellt der Gemeinderat die (oft spärliche) Information der Bevölkerung der Längi und anderer Quartiere weiterhin sicher?* Informationen sind umfassend auf der Homepage und immer mehr auch auf dem Handy via App ersichtlich. Zudem werden alle wichtigen Beschlüsse und Informationen über den Amtsanzeiger an sämtliche Haushalte zugestellt. Kultur-, Info- oder kirchliche Veranstaltungen können über die in allen Quartieren vorhandenen Kulturstellen zusätzlich verbreitet werden. Frage 5: *Wie vereinbart der Gemeinderat diesen Rückbau mit seinen Bemühungen zur Quartierentwicklung?* Die Quartierarbeit ist in diesem Prozess mit einbezogen und wurde auch befragt.

## Frage 2

### „Chemieabfälle in der Grundwasserschutzzone?“

(Christoph Zwahlen, U/G-Fraktion)

**GR Stefan Löw:** Heute waren sowohl in der Presse als auch am Radio Information zu diesem Thema zu sehen bzw. zu hören. Frage 1: *Was wurde dort gefunden?* Am 27. September 2019 wurde in der Nähe der Autobahn A2 beim Abhumusieren einer Fläche Metallteile, verunreinigendes Material wie Asphalt, Schrott und ein Metallfass gefunden. In diesem Zusammenhang wurden sofort Massnahmen ergriffen, der Platz gesichert und mit einem Zelt abgedeckt. Frage 2: *Was gibt es zu verbergen?* Beim Fundort handelt es sich um einen Ort der im Verdachtsflächenkataster vermerkt und bekannt ist. Man weiss auch, dass in der Nähe der Autobahn, als diese gebaut wurde, Ablagerungen vorgenommen wurden. Frage 3: *Ist das Grundwasser gefährdet?* Es wurden keine Kontaminationen des Grundwassers festgestellt. Vorsichtshalber wurden die Grundwasserfassungen abgestellt. Der Kanton hat anschliessend den Fund und den Fundplatz analysiert und Entwarnung gegeben, sodass wir wieder Grundwasser fördern konnten. Dies hat nicht die Gemeinde frei gegeben, sondern der Kanton. Frage 4: *Weshalb wird die Bevölkerung nicht umgehend informiert, z. B. mit einer Mitteilung im Prattler Anzeiger oder einer Infotafel beim Pumpwerk Löli oder bei der Haltestelle Salina Raurica?* Die Baustelle liegt in der Hoheit des Kantons. Als die Funde zum Vorschein kamen, wurde die kommunale Wasserversorgung unterrichtet und der Kanton hat anschliessend die Führung über das weitere Vorgehen und Informieren der Bevölkerung übernommen. Im

Nachhinein hätte man es auch anders machen können und einige Information früher streuen. Der Kanton wollte zuerst abklären, um was es sich handelt und nicht eine Fehl-information verbreiten, die sich am Schluss nicht bewahrheitet. Darum lag es nicht an der Gemeinde zu informieren. Der Gemeinderat musste abwarten, bis saubere und korrekte Informationen vorlagen, die von den kantonalen Ämtern kommen. Diese Informationen wurden nun erbracht und gestreut.

**Christoph Zwahlen:** Ich danke GR Stefan Löw für die Beantwortung und habe noch eine Zusatzfrage: Als das Grundwasserpumpwerk abgestellt wurde, hat die regionale Zusammenarbeit funktioniert? Es gibt ja Vereinbarungen zur Zusammenarbeit.

**GR Stefan Löw:** Grundsätzlich hat die Zusammenarbeit funktioniert. Ein Malheur ist in Muttenz passiert, weil die Totalsanierung der Hauptstrasse in Muttenz in Angriff genommen und die Hauptwasserleitung ebenfalls erneuert wurde. Dies ergab eine Kapazitätseinschränkung und sie wären nicht in der Lage gewesen, so viel Wasser zu liefern, wenn wir es gebraucht hätten. Diese Notwendigkeit hat jedoch nicht bestanden. Nun wissen wir es und es wurden Massnahmen ergriffen, dies anders zu organisieren. Muttenz hätte uns diese Information zur Baustelle bringen sollen. Wir hatten trotzdem genug Wasser.

### Frage 3

### „Sperrungen für Fussgänger“ (Christoph Zwahlen, U/G-Fraktion)

**GR Stefan Löw:** Die Baustelle ist in Kantonshoheit und die Information hierüber ist nicht ideal abgelaufen. Man hätte besser informieren sollen, was die Baustelle indirekt nach sich zieht und für den Langsamverkehr bewirkt. Frage 1: *Ist der GR über die Sperrungen orientiert worden?* Wie ich gesagt habe, wussten wir, dass es diese Baustelle geben wird. Wir haben aber nicht gemerkt, was auf den Langsamverkehr zukommt und was wir fragen oder einleiten sollen. Frage 2: *Wann und wo sind die Sperrungen publiziert worden?* Die Sperrungen wurden wie üblich nicht separat publiziert; dies hätten wir vornehmen müssen. Frage 3: *Sind sie rechtsgültig?* Das Bauprojekt ist rechtsgültig und die Strasse darf gebaut werden, was mit sich bringt, dass es vorübergehende, baustellen-dingte Sperrungen gibt, wenn es nicht anders möglich ist. Frage 4: *Bis wann gelten sie?* *Die Strassenbaustelle dauert voraussichtlich bis 2022...* Die Kraftwerkbrücke ist ab Weihnachten 2019 für sämtlichen Verkehr gesperrt und ob sie später für den Langsamverkehr geöffnet werden kann, weiss man noch nicht. Frage 5: *Warum soll der Bevölkerung der Durchgang verwehrt werden?* Die Kraftwerkbrücke muss verlängert werden, weil es noch zusätzlich eine Unterführung gibt und in dieser Phase ist ein Passieren gar nicht möglich. Frage 6: *Gibt es in der Grundwasserschutzzone etwas vor den Augen der Bevölkerung zu verbergen?* Ich habe schon vorher erwähnt, dass der Fundort im Altlastenkataster verzeichnet ist und man also weiss, dass dort abgelagert wurde. Zudem ist bekannt, dass man beim Bau der Autobahn Auffüllungen mit anderem Material vollzogen hat.

**Christoph Zwahlen:** Ich danke GR Stefan Löw für die Beantwortung. Nicht beantwortet wurde, warum der Fussweg um die Grundwasserschutzzone 1 herum gesperrt wird, der überhaupt nicht betroffen ist und ob dieser nun auch bis 2022 gesperrt sein wird. Dort wird ja sicher nicht gebaut. Wenn man über die Kraftwerkbrücke läuft und vom Z7 herunterkommt Richtung Halba, befindet sich dort ein mit gelben Tafeln markierter Wanderweg, der zum Rhein führt. Es gibt dort auch eine Veloroute mit einem Veloweg zum Halba-Areal mit Linksverkehr am linken Strassenrand. Müssen sich die Leute auf eigene Faust durchschlagen oder gibt es eine signalisierte Umleitung, wie man es vom Autoverkehr her kennt?

**GR Stefan Löw:** Eine abschliessende Antwort kann ich nicht geben. Ich denke, dass die Situation erkannt ist und man diejenigen Wege frei gibt, bei denen es möglich ist. Die Baustelle liegt in der Kantonshoheit. Wir können uns einbringen und sagen, was wir wünschen, aber die Verantwortung hat der Kanton. Er baut und entscheidet, wie er die Baustelle umsetzt. Wir können Einfluss darauf nehmen, aber nicht erwirken, was sie machen müssen.

#### **Frage 4**

#### **„Salina Raurica: Wie weiter?“ (Benedikt Schmidt, U/G-Fraktion)**

**Die Fragen lauten:** Frage 1: *Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass möglichst bald über die Initiative abgestimmt werden soll um wieder Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen?* Frage 2: *Welchen Zeitplan hat der Gemeinderat für die Initiative „Salina Raurica Ost bleibt grün“?* Die Fragen werden gemeinsam beantwortet.

**GP Stephan Burgunder:** Am 17. Oktober 2019 wurden der Gemeindeverwaltung vom Initiativkomitee "Salina Raurica Ost bleibt grün" die ausgefüllten Unterschriftenbogen übergeben. Die Auszählung und Überprüfung durch die Einwohnerdienste hat ergeben, dass sich darauf insgesamt 828 gültige Unterschriften von in Pratteln stimmberechtigten Personen befinden. Die Gemeindeverwaltung hat daher am 24. Oktober 2019 das Zustandekommen der Initiative verfügt. Zum Zeitplan: Im nächsten Jahr sind vier kantonale Abstimmungs- und Wahltermine vorgesehen: 9. Februar, 17. Mai, 27. September und 29. November. Wenn man zurückrechnet, ergeben sich folgende Abhängigkeiten: Themen für eine Volksabstimmung müssen mindestens 13 – 14 Wochen vor der Abstimmung publiziert werden. Darum ist der erste Termin im Februar bereits obsolet. Wenn wir am 17. Mai 2020 darüber abstimmen wollen, hätte der Einwohnerrat spätestens am 3. Februar in der Einwohnerratssitzung darüber zu beschliessen. Die Vorlage geht anschliessend wieder zurück in den Gemeinderat, das Initiativkomitee hat 3 Wochen Zeit für eine Stellungnahme in der Abstimmungsbroschüre, die Verwaltung wird daraufhin die Abstimmungsbroschüre erarbeiten, wiederum vom Gemeinderat genehmigen lassen und bei Korrekturen wird es 1 oder 2 Lesungen geben. Nach der finalen Genehmigung durch den Gemeinderat geht es dann in den Druck, zum Verpacken und Versenden. Für die Einwohnerratssitzung vom 3. Februar 2020 werden die Unterlagen am 16. Januar verschickt, d.h. der Gemeinderat müsste spätestens am 7. Januar die Vorlage in der ersten und einzigen Lesung verabschieden. Die Komplexität der Sache bedarf aber einer sorgfältigen Prüfung und Bearbeitung. Der Gemeinderat prüft nun die Konformität der Initiative mit höherstufigem Recht und stellt dem Einwohnerrat einen entsprechenden Antrag. Bei den kantonalen Amtsstellen ist unter Umständen eine Vorprüfung resp. Stellungnahme einzuholen. Soll die Vorlage dem Stimmvolk also bereits am 17. Mai 2020 vorgelegt werden, so führt dies zu einem sehr, sehr raschen Vorgehen. Die Qualität und Beständigkeit der Vorlage wären gefährdet. Gleichzeitig sind wir in der Behandlung von Dritten abhängig und die Qualität und Beständigkeit wäre gefährdet. Darum ist es eher wahrscheinlich, dass der Gemeinderat im Frühsommer 2020 dem Einwohnerrat die weitere Behandlung der Initiative beantragen wird. Eine allfällige Urnenabstimmung wäre dann auf den 27. September 2020 terminiert. Der Gemeinderat unterstützt die prioritäre Behandlung der Initiative. Wir dürfen uns unter keinen Umständen von der Zeit drängen lassen. Einen engeren Zeitplan kann der Gemeinderat nicht anbieten. Das Thema ist wichtig und bedarf einer sorgfältigen Abklärung aller offenen Fragestellungen. Der skizzierte Zeitplan mit einer allfälligen Volksabstimmung im Herbst 2020 erfüllt auch die gesetzlichen Terminvorschriften.

## Frage 5

### „Belasteter Boden in Grundwasserschutzzone“

(Fabian Thomi, SP-Fraktion)

**GR Urs Hess:** Die Hoheit liegt auch hier beim Kanton. Frage 1: *Ist dem Gemeinderat die Belastung bekannt?* Wenn man die Ablagerungen meint, die kürzlich beim Bauen gefunden wurde, dann ja, weil sie im Altlastenkataster eingetragen sind. Mehr ist dem Gemeinderat auch nicht bekannt. Frage 2: *Wurde die Belastung bereits untersucht? Falls ja, um welche Art von Belastung handelt es sich? Falls nein, wann wird dies geschehen?* Ihr habt vorhin auch schon von GR Stefan Löw gehört, dass man verunreinigendes Material in Form eines Fasses, Schrottteilen und Glasscherben gefunden hat. Die ersten Analysen haben gewisse Hinweise gegeben, es könnten Belastungen mit Kohlenwasserstoffen und Schwermetall stattfinden. Frage 3: *Ist das Grundwasser von der Belastung betroffen? Falls ja, gefährdet die Belastung die Bevölkerung? Welche Massnahmen trifft der Gemeinderat?* Im Grundwasser wurden keine Belastungen festgestellt. Die festgestellten Abfälle sind schon lange im Boden und es wird von dort schon seit sehr langer Zeit Wasser bezogen, aus den Pumpwerken Löli und Remeli. Dort wurden nie irgendwelche Stoffe, die nicht der Lebensmittelverordnung entsprechen, gefunden. Das Grundwasser wird ständig mit einer permanent eingebauten Anlage überwacht. Frage 4: *Kann der Gemeinderat weitere Belastungen des Bodens in der Grundwasserschutzzone ausschliessen?* Wenn wir dies könnten, wären wir Propheten. Diese Grundwasserschutzzone liegt zu einem sehr kleinen Teil in einem Gebiet des Altlastenkatasters und es ist auch bekannt, dass beim Autobahnbau gewisse Ablagerungen gemacht wurden. Damals meinte man, es sei sauberes Material und heute weiss man es etwas besser. Frage 5: *War der Boden bereits belastet, als die Grundwasserschutzzone eingeführt wurde?* Luftaufnahmen aus der Zeit des Baus zeigen, dass der Bereich, von dem wir jetzt reden, in der Vergangenheit als Ablagerungsstandort genutzt wurde. Frage 6: *Wie verhindert der Gemeinderat, dass solche Gefahren erst durch Zufall entdeckt werden?* Wenn man einen Bereich aus dem Altlastenkataster hat, wird bei einer Baustelle auch der Boden untersucht. Das hat bestens funktioniert. Man hat mit der Baustelle begonnen, Vorsichtsmassnahmen getroffen und heute Nachmittag sind die Untersuchungsergebnisse des Wasser eingetroffen: Es ist alles bestens und auch die zusätzlich untersuchten Stoffe wurden nicht festgestellt; man findet also überhaupt nichts Spezielles in diesem Wasser.

**Fabian Thomi:** Vielen Dank für die Beantwortung. Dem Kataster ist zu entnehmen, dass dieser Perimeter seit dem 7. Juni 2012 als belasteter Standort aufgeführt ist. Da stellt sich bei mir die Frage, warum dies nicht schon früher untersucht wurde.

**GR Urs Hess:** Den Altlastenkataster gibt es noch nicht so lange und er beruht auf sogenannten historischen Untersuchungen. Man schaut, ob dort schon früher etwas abgelagert wurde. Der Altlastenkataster ist in der Hoheit des Kantons und wenn er irgendetwas herausfindet - Grundlage können beispielsweise historische Fotos sein - so hat er 2012 diesen Standort aufgenommen. Man kannte diesen Standort vorher nicht, erst im Jahr 2012 wurde er bekannt.

## Frage 6

### „Vom Winde verweht?“

(Andreas Moldovanyi, SP-Fraktion)

**GR Rolf Wehrli:** Frage 1: *Handelte es sich bei dieser Baumgruppe um eine schützenswerte Baumgruppe und sogar um einen schützenswerten Lebensraum?* Es handelt sich nicht um eine schützenswerte Baumgruppe und auch nicht um einen schützenswerten Lebensraum. Geschützte Bäume sind im Zonenplan gekennzeichnet, was auf der Par-

zelle 649 nicht der Fall ist. Frage 2: *Hat der Gemeinderat/die Gemeinde vorgängig mit der Bauherrschaft betreffend Genehmigung der Fällaktion der Baumgruppe und/oder allfälligem Ersatz der Baumgruppe Kontakt gehabt?* Die Gemeinde war im Baugesuchungsverfahren involviert. Es braucht keine Bewilligung für das Fällen von nicht geschützten Bäumen innerhalb des Siedlungsgebietes (Ausnahme lediglich in Gewerbe- und Industriezone aufgrund der 10% Grünflächenziffer und 1 Pflicht-Hochstammbaum pro 1'000 m<sup>2</sup>). Frage 3: *Gibt es Pläne der Bauherrschaft für eine Wiederaufforstung oder könnte der Gemeinderat für einen adäquaten Ersatz sorgen?* Es wird keine neue Aufforstung geben. Das bewilligte Mehrfamilienhaus erhält einen Kinderspielplatz mit 140 m<sup>2</sup> sowie 4 Autoparkplätze und die restlichen Flächen werden mit Rasen und Zierbäumen/Büschen bepflanzt. Rechtlich besteht für die Gemeinde keine Möglichkeit, zusätzliche Bäume einzufordern. Frage 4: *Gibt es für Anwohner und Passanten ein Wohnheitsrecht für den Erhalt eines zur Resilienz beitragenden Quaterbildes?* Ein Wohnheitsrecht für den Erhalt eines zur Resilienz beitragenden Quartierbildes ist uns nicht bekannt.

Die Fragen sind beantwortet.

---

Die Sitzung wird um 21:50 Uhr beendet.

Pratteln, 18. November 2019

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident                      Das Einwohnerratssekretariat

Stephan Ebert                      Joachim Maass